



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW fordert Neustart bei Grundsteuer-Reform

Berlin, 06.03.2019. "Mit dem Eckpunktepapier für ein wertabhängiges Grundsteuer-Modell haben die Finanzminister einen Fehlstart hingelegt. Mit dem Plädoyer für ein Ende der Umlagefähigkeit läuft die SPD nun weiter in die falsche Richtung. Was wir jetzt brauchen, ist ein kompletter Neustart bei den Reformgesprächen", forderte Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, heute in Berlin.

Dabei bezog sich Ibel auf den erneuten Vorstoß der SPD, die Umlage der Grundsteuer auf die Miete zu untersagen. "Die Diskussion gäbe es nicht, wenn das Bundesfinanzministerium sein Versprechen eines unbürokratischen und aufkommensneutralen Grundsteuermodells einlösen würde. Denn genau hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil eingefordert", so Ibel weiter.

Ibel plädiert dabei für das Flächenmodell, für das sich ursprünglich auch mehrere Bundesländer ausgesprochen hatten. "Wir brauchen ein Modell ohne Gewinner und Verlierer. Das Flächenmodell ist aufkommensneutral, transparent und gerecht", so Ibel. Denn unabhängig vom Wohnort richtet sich die Belastung lediglich nach der Größe der genutzten Fläche, womit auch automatische Steuererhöhungen nicht möglich wären. Ibel weiter: „Vor allem aber ist das Flächenmodell verfassungsfest und mit dem geringsten bürokratischen Aufwand verbunden. Hier zeigt sich: Kompetenz zeigt sich in einfachen, nicht in immer komplizierteren Gesetzen!"

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de